

Agenda 21-Rat der Hanse- und Universitätsstadt Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Geschäftsadresse:
Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und
Wirtschaft, Neuer Markt 3, 18055 Hanse- und
Universitätsstadt Rostock
Tel / Fax: 0381/ 381 6131/ 6901
christoph.fischer@rostock.de

Hanse- und Universitätsstadt
Rostock, 13.06.2019

Protokoll der Sitzung vom 21.05.2019

Zeit/Ort: 17:00-19:40 Uhr, Rathausanbau, Beratungsraum 1 a/b
Anwesende: **Mitglieder des Rates:** siehe Teilnahmeliste
Aus der Verwaltung/ Gäste: siehe Teilnahmeliste
Leitung: Karola Frömel
Protokoll: Christoph Fischer

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalien
2. Vorstellung des aktuellen Planungsstandes der Bundesgartenschau (BUGA) 2025 Rostock einschließlich der Brückenplanung und des neuen Warnow-Quartiers durch die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH
3. Informationen aus den Agenda 21-Arbeitskreisen und aus dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
4. Verschiedenes

1. Begrüßung und Formalien

Frau Frömel begrüßt die Mitglieder des Agenda 21-Rates und die interessierte Öffentlichkeit zur Sitzung. Das Protokoll der vergangenen Sitzung wird nachgereicht.

2. Vorstellung des aktuellen Planungsstandes der Bundesgartenschau (BUGA) 2025 Rostock einschließlich der Brückenplanung und des neuen Warnow-Quartiers durch die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS)

Die RGS hat die Projektsteuerung für investive Maßnahmen im Rahmen der BUGA inne. Die Grundlage für die Ausgestaltung der BUGA ist ein städtebauliches Konzept, welches durch die BUGA Konzeption unterstützt wird. Für die einzelnen Maßnahmen der BUGA Konzeption sind jeweils spezielle Förderprogramme bei den Ministerien des Landes M-V abzurufen.

Frau Hecht führt aus, dass einmal im Monat ein Treffen der Projektbeteiligten (fast alle Fachämter und die RGS) stattfindet sowie ein Jour Fixe mit dem Oberbürgermeister. Die im monatlichen „Bericht zu den BUGA-Vorbereitungen“ zusammengefassten Informationen gehen u. a. an den Hauptausschuss und den Aufsichtsrat der RGS.

Die Präsentation der RGS befindet sich in der Anlage zum Protokoll. Die wesentlichen Aspekte der Präsentation und der daran anschließenden Diskussion belaufen sich auf die folgenden Themenfelder:

Brückenplanung

- Der Bereich östlich der herzustellenden Brücke soll als derzeitige Bundeswasserstraße an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragen werden.
- Die Folgekosten der Übertragung der Bundeswasserstraße an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock sind Frau Hecht nicht bekannt.
- Als Bundeswasserstraße wäre eine Mindesthöhe von 24 Metern beim Brückenbauwerk einzuplanen. Im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und in Abstimmung mit den Fachämtern wird nach derzeitigem Planungsstand eine Höhe von 12 Metern anvisiert. 2 Meter beträgt dabei der Hochwasserschutz.
- Die Traglast wird voraussichtlich bei 4,5 t liegen, was die Nutzung durch konventionelle Busse ausschließt.
- Im Herbst dieses Jahres erhält ein Architekturbüro den Zuschlag zur Brückenplanung (europaweite Ausschreibung)
- Frau Hecht zeigt sich offen, Ende 2019/ Anfang 2020 zum Bau der Warnowbrücke nochmal ins Gespräch zu kommen, wenn die Ergebnisse des Wettbewerbes vorliegen. Sie sieht einen deutlichen Mehrwert darin den Blick von außen, der durch die europaweite Ausschreibung zustande kommt, in die Umsetzungsüberlegungen einfließen zu lassen.

- Die Brücke wird einen Öffnungsmechanismus haben (Dreh-/Klappmechanismus). Dies ist Maßgabe für die Gewährleistung der Durchfahrt von größeren Schiffen.
- Das EU-Projekt „Kleine Kreuzfahrtschiffe“ wird in die Planung zur BUGA integriert.
- Das Projekt Neptun Hopper wird ebenfalls berücksichtigt und kann eine Alternative zur Warnowquerung darstellen.
- In der Diskussion wurde von Seiten der RGS nochmals betont, dass die Brücke nicht die Funktion einer Verbindung der Ortsteile Toitenwinkel und Dierkow mit der Innenstadt erfüllt. Der touristische Aspekt liege im Vordergrund. Studentisches Wohnen in den o.g. Ortsteilen wird also nicht befördert.

Bereich Gehlsdorf Fährberg

- Geplant ist ein Erlebnis- und Freizeitbereich, der nach Durchführung eines Wettbewerbes zu diesem Areal umgesetzt wird.
- Die Kleingartenanlage soll, soweit möglich, erhalten bleiben.
- Für die Anlandung der Brücke werden umfangreichere Baumaßnahmen notwendig, insbesondere wegen (Hoch-)Wasser. Ob die Brücke am Fährberg ankommt und wenn ja in welcher Höhe bleibt abzuwarten (siehe Ergebnisse des Wettbewerbes).

Hechtgrabenniederung

- Die Hechtgrabenniederung soll renaturiert und nicht umgestaltet werden.

Stadtpark (Deponie)

- Ein Wettbewerb wird vorbereitet, mit dem Ziel, die Deponie ohne bauliche Maßnahmen erlebbar zu machen.
- Es sind nur einige Bereiche der Deponie (Studie liegt vor) nutzbar.
- Als Veranstaltungsort kommt die Deponie nicht in Frage, da der Untergrund an einigen Stellen zu druckempfindlich ist (Absackungen).
- Die Umgestaltung vom Deponiegelände zum Stadtpark stellt derzeit in den gesamten BUGA-Planungen den größten Kostenfaktor dar.

Warnow-Quartier

- Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans durch die Bürgerschaft gefasst.
- BUGA als Katalysator zur Entwicklung des Quartiers, in dem Sinne, dass die Entwicklung angestoßen wird.
- Quartier wird zur Eröffnung der BUGA nicht vollständig entwickelt sein können (max. 3 Baufelder). Die verbleibenden Bauflächen werden u.a. als Parkplatz für die BUGA benötigt.
- Nach der BUGA sollen die restlichen Bauflächen (ehemaliger Parkplatz) entwickelt werden.
- Verlagerungen von Veolia und des Bauhofs (Tiefbauamt) sind angestrebt.
- Der angrenzende Gewerbestandort (Osthafen) wird in die Planungen zum Quartier integriert.
- Außerhalb des Quartiers ist das erste Bauvorhaben auf dem Wasser in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock denkbar (Ponton). Dieses soll für die Allgemeinheit zugänglich sein.

Parkplatz Warnow-Quartier

- Es wird ein Logistikkonzept für die BUGA ausgearbeitet.
- Der ÖPNV muss bis vor Ort fahren können. Dies dient u.a. auch der barrierefreien Zugänglichkeit des BUGA Geländes.
- Durch das Amt für Verkehrsanlagen wird ein Verkehrsleitsystem erarbeitet.

Brücke Holzhalbinsel – Osthafen

- Die Brücke soll eine Mindestdurchfahrhöhe entsprechend der Vorpommernbrücke haben.
- Eine Länge von 188 Metern ist notwendig, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten.
- Eine europaweite Ausschreibung zur Brückenplanung findet statt.

Bereich Stadthafen

- Auf dem Gelände östlich der Brücke soll das zukünftige Archäologische Landesmuseum gebaut werden
- Westlich der Brücke soll für die BUGA ein temporäres Gebäude entstehen (Blumenhalle). Im Anschluss an die BUGA soll die Fläche einer neuen - noch genauer zu definierenden - Nutzung zugeführt werden.

Bürgerbeteiligung

In der Diskussion wurde die Bürgerbeteiligung im Rahmen des BUGA-Konzeptes bemängelt. Frau Hecht erklärt, dass es sich bei dem bisherigen Prozess um keine lehrbuchhafte Bürgerbeteiligung handele, selbst ein Internetauftritt fehle. Aufgrund der zeitlichen Abläufe und der Komplexität der anstehenden Schritte war dies jedoch bisher auch nicht möglich.

Derzeit werden die notwendigen Gutachten und Informationen seitens der Stadtverwaltung zusammengetragen. Aus den z. T. unvorhersehbaren Erkenntnissen entwickelt die Verwaltung das, was im Rahmen der BUGA umgesetzt werden kann und was nicht. Die Bürger und Bürgerinnen sollen in den kommenden Verfahrensschritten zu den Konzepten und Studien Stellung nehmen können.

3. Informationen aus den Agenda 21-Arbeitskreisen und aus dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

AK Stadt-und Regionalentwicklung

Es wurde über das Thema BUGA beraten und die Sitzung des Agenda 21-Rates vorbereitet.

AK Energiewende

- Schüler zum Thema „Fridays for future“ wurden eingeladen. Es fand an anregende Diskussion statt.
- Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Klimaaktionstag bzw. der Klimawoche (22.09-30.09.2019)

AK Bürgerbeteiligung

- Der Arbeitskreis wird das Thema Mittelmole weiter begleiten. In der Bürgerschaft wurde der Beschluss vertagt.

- Mit den neu gewählten Vertreter*Innen der Bürgerschaft und den Ortsbeiräten sollte folgendes zum Leitfaden Bürgerbeteiligung umgesetzt werden:
 - Informationsveranstaltung zum Leitfaden (mit Satzung & Dienstanweisung) mit einer Podiumsdiskussion und anschließender Aussprache/ Fragerunde
 - Beteiligung der Mitglieder der AG LF/S Bürgerbeteiligung
 - Zeitumfang sollte mehrere Stunden betragen, um gut informieren zu können
 - Ziel ist es, dass Leitfaden/ Satzung/ Dienstanweisung
 - a) mitgetragen und
 - b) beschlossen werden.
 - Der AK fragt beim Agenda 21-Rat an, ob es möglich ist, im Hinblick auf Klima- und Gesundheitsschutz (Lärminderung, Minderung von Schadstoffen wie Feinstaub oder Bremsabrieb, ...) gegenüber dem Amt für Stadtgrün und/oder auch den WG's Fragen von Rasen- und Heckenschnitt in der Stadt zu thematisieren.
- ⇒ Beschluss nach Vorschlag von Prof. Nieke: Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege zur nächsten Sitzung einladen

Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

- Derzeit wird am Zielszenario als Vorbereitung für die Ausarbeitung des Vorentwurfs des Flächennutzungsplans gearbeitet.
- Mit ersten Ergebnissen ist Ende 2019 zu rechnen.
- Das Zielszenario sollen dem Agenda 21-Rat vorgestellt werden.

4. Verschiedenes

Keine Informationen



Prof. Dr. Wolfgang Nieke
Sprecher des Agenda 21-Rates